

IN DIESER AUSGABE:

Thesen: Wagenknecht und Bartsch für die Bundestagsfraktion

Seite 2

EU-Mittel für Eisenbahnbrücke Bienenwerder

Seite 3

Prof. Dr. Günter Schippel feierte 90. Geburtstag

Seite 4

Bürgermeisterkandidat Sven Kindervater

Seite 4

Verkehrsströme, Fahrradwege, Gesundheitskarte

LINKE im Kreistag will Auskünfte

Eine Zwischenbilanz zum Nahverkehrsplan 2015 bis 2019 in Märkisch-Oderland hat die Fraktion DIE LINKE am 1. November im Kreistag beantragt. Dazu gehören Auskünfte von der Kreisverwaltung über Investitionen, Barrierefreiheit, Verkehrsströme, Pendler, Schienenverkehr und Wünsche der Kommunen.

Außerdem fordern die Abgeordneten der Linksfraktion den Landrat Gernot Schmidt auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit ein Lückenschluss der straßenbegleitenden Radwege entlang der Bundesstraßen wie der B1 in die Bedarfspläne von Land und

Bund aufgenommen werde. Der entsprechende Antrag hebt die Fortschritte des Landkreises bei der Gestaltung des Radwegenetzes hervor. Radwege seien inzwischen ein wichtiger touristischer Faktor. Zudem werde das Fahrrad immer mehr zum Zubringer und Wegbringer. Allerdings hielten die Hauptverkehrsadern mit dieser Entwicklung nicht mit.

Die Lücken gefährdeten Menschen auf ihren Wegen zur Arbeit und Schule sowie bei der Freizeitgestaltung heißt es in dem Antrag.

Außerdem beantragte die Fraktion die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge zum 1. Januar 2018 auch in Märkisch-Oderland. Der Landkreis solle



Abgeordnete der Kreistagfraktion DIE LINKE. bei ihrer Beratung Anfang Oktober in Strausberg.

sich einer landesweiten einheitlichen Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden anschließen und den eingeschränkten Leistungsumfang verbessern. Damit könnten die bürokratische Arbeitsweise der Erteilung von Behandlungsscheinen für jede einzelne Behandlung beseitigt und personelle Entlastung gewährleistet werden.

Renate Adolph

Erntefrische Äpfel für Kitas

Damit hatten die Knirpse in der Wriezener DRK-Kita „Freundschaft“ an diesem Dienstagmorgen nun wahrlich nicht gerechnet: Kaum war der morgendliche Obstteller leer geputzt, gab's Nachschub in Form von erntefrischen, knackigen Äpfeln. Zwei Obstkisten mit den Rotbäckigen übergab Marco Büchel den Mädchen und Jungen. Während der parlamentarischen Herbstferien war der Landtagsabgeordnete der LINKEN in seinem Wahlkreis mit dem frischen Obst in etlichen Kitas unterwegs, um die Bedeutung einer gesunden Ernährung zu unterstreichen. Vor drei, vier Jahren hatte er bereits einigen Kitas Apfelbäumchen geschenkt und sie auch gepflanzt. Die gedeihen alle. Aber Früchte liefern sie natürlich noch nicht. Kitaleiterin, Sabine Heymann, freute sich besonders

darüber, dass Marco Büchel kontinuierlich mit den Erzieherinnen und Erziehern im Gespräch geblieben ist und sich dafür viel Zeit nahm. Das sei schon etwas Besonderes. Frische Äpfel gab es u. a. auch für die Jüngsten in den Kitas von Lüdersdorf, Leuenberg und Heckelberg. Weitere Obstkisten wird Büchel im November



Erntefrische Äpfel für die Kita „Freundschaft“ in Wriezen

in der Stadt Bad Freienwalde und im Oderbruch verteilen.



14 Thesen für die DIE LINKE im Bundestag

Mitte Oktober haben die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, ein Diskussionsangebot für die zukünftige Arbeit angesichts einer erheblich veränderten gesellschaftlichen und parlamentarischen Lage unterbreitet. Darin heißt es u. a.:

Wir müssen beginnen, die sich auch in unserer Fraktion widerspiegelnde linke Pluralität als Stärke zu begreifen und zu nutzen und eine politische Debattenkultur jenseits verkrusteter Machtstrukturen zu entwickeln.

Die entscheidende Herausforderung des neuen Fraktionsvorstandes besteht darin, die gesellschaftlich prägenden Konflikte zum Thema zu machen und dabei auf progressive Art und Weise Partei für die Schwachen zu ergreifen.

Mit dem mit 9,2 Prozent zweitbesten Ergebnis ihrer Geschichte, einer halben Million mehr Stimmen und 69 Abgeordneten – fünf mehr als 2013 – im Deutschen Bundestag, ist DIE LINKE gestärkt aus den Bundestagswahlen hervorgegangen.

Dass dies nur knapp zwei Jahre nach dem vollzogenen Generationswechsel an der Fraktionsspitze gelang, ist kein selbstverständlicher Erfolg.

Nicht zuletzt auch deshalb, weil das Umfeld dieser Wahl, mit zwei zusätzlichen Parteien im Bundestag und einer Benachteiligung in den Medien, schwierig war.

Unser Wahlerfolg konnte infratest dimap zufolge vor allem dadurch erreicht werden, dass DIE LINKE „sozial stärker profiliert war als 2013“.

Insgesamt konnte das soziale Profil deutlich verbessert werden, so beim Einsatz für höhere Löhne, in der Familienpolitik, der Alterssicherung und bei der Pflege.

Und beide Spitzenkandidaten konnten gemäß infratest unmittelbar vor der Wahl ihre bisher besten Popularitätswerte erreichen.

Die Freude über unseren Erfolg wird aber zum einen dadurch getrübt, dass mit der AfD erstmals eine rechtsdemagogische Partei in den Bundestag einzieht, in deren Reihen sich zahlreiche Abgeordnete befinden, die man ohne Abstriche als Nazis bezeichnen kann.

Und zum anderen droht eine Jamaika-Koalition, die – statt einer dringend notwendigen Wiederherstellung des Sozialstaats und einer Rückkehr zu einer echten Friedenspolitik – die fatale Politik der Vorgängerregierungen fortsetzen wird.

Auch wird das gute Gesamtergebnis durch starke Verluste in ostdeutschen Ländern (Thüringen -6,6 Prozent, Sachsen-Anhalt -6,2 Prozent, Brandenburg -5,3 Prozent, Sachsen -3,9 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern -3,7 Prozent) getrübt.

Die klare Position der LINKEN zu den mit Migrationsfragen verbundenen Themen hat insbesondere in den neuen Bundesländern zu diesem Trend beigetragen, so wie sie dies zur Verbesserung unserer Ergebnisse in den alten Ländern getan hat.

In dieser gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung besteht eine der wichtigsten Aufgaben der gesellschaftlichen Linken darin, die Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder von sozial an den Rand gedrängten und prekarierten Schichten so wahrzunehmen, dass diese Bevölkerungsmehrheit nicht in wachsenden Teilen rechten oder extrem rechten Ideologien folgt.

1. DIE LINKE ist DIE soziale Opposition im Deutschen Bundestag. Wir kämpfen für die Wiederherstellung von sozialer Sicherheit und für eine friedliche Außenpolitik.

2. Wir wollen eine Initiative für die Herstellung einer soliden Arbeitslosenversicherung, damit Arbeitslose auch nach zwölf Monaten vor dem sozialen Abstieg, Dequalifizierung und Enteignung geschützt sind.

3. Wir stehen an der Seite der Menschen in Deutschland, die durch ihre Arbeit den immer ungleicher verteilten Reichtum in Deutschland schaffen. Höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich schaffen eine bessere Beteiligung breiter Schichten am Wohlstand und verringern das Risiko von Altersarmut.

4. DIE LINKE will Industriearbeitsplätze schützen und neue schaffen.

5. Armut wird für immer größere Teile der Bevölkerung zu einem alltäglichen Problem, ob Armut trotz Arbeit, Kinderarmut, Altersarmut, Frauenarmut und viele Erscheinungsformen mehr. DIE LINKE. im Deutschen Bundestag steht für die konsequente Bekämpfung aller Formen von Armut.

6. Unter der Schwarzen Ampel unter Beteiligung der FDP droht eine noch unsozialere Steuerpolitik, das heißt eine Steuersenkung für Wohlhabende zu Lasten der Sozialausgaben. Wir werden zeigen, dass diese unsoziale Politik nicht alternativlos ist und die Initiative für eine Vermögenssteuer als Millionärsteuer ergreifen.

7. Wir setzen uns weiter für einen sozial-ökologischen Umbau ein.

8. Aufrüstung gefährdet den Frieden in Europa und Interventionskriege schaffen Leid und Fluchtursachen. Deshalb wird DIE LINKE. im Bundestag deutlich für konkrete Abrüstungsschritte, für ein Verbot von Rüstungsexporten und ein Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr sowie für den Abzug der US-Atomwaffen und den Ausstieg aus den militärischen Strukturen der NATO werben.

9. Wir werden die Initiative für eine neue Entspannungs- und Ostpolitik ergreifen. Der neue Kalte Krieg gegen Russland muss beendet und die Sanktionen aufgehoben werden.

10. Wir werden Ostdeutschland und strukturschwache Regionen in Westdeutschland zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit machen. Die Diskriminierung bei Löhnen und Renten in den ostdeutschen Bundesländern muss endlich ein Ende haben.

11. Der globalisierte Kapitalismus schafft täglich immer weiter für immer mehr Menschen Fluchtursachen. Dazu zählen nicht nur Kriege und Bürgerkriege. Die kapitalistische Landnahme raubt Abermillionen Menschen die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Existenz und treibt sie in die Flucht in Richtung wirtschaftlich prosperierender Regionen. Wir müssen uns intensiv mit Fragen der Einwanderung und der Integration auseinandersetzen, mit den grundsätzlichen und den alltäglichen Problemen und dementsprechende politische Angebote entwickeln.

12. Eine erfolgreiche Integration erfordert einen starken Sozialstaat. Wir brauchen funktionierende Regularien, damit Flüchtlinge von Unternehmen nicht missbraucht werden können, um die Löhne zu drücken. Und der Staat steht in der Verantwortung, für genug Schulen, Lehrer und bezahlbare Wohnungen zu sorgen. Wir müssen uns darauf konzentrieren, das Asylrecht gegen eine immer weitergehende Aushöhlung zu verteidigen und uns der integrationsfeindlichen Blockade des Familiennachzugs entgegenstellen. Das Asylrecht ist ein Grundrecht, das nicht angetastet werden darf. Darüber hinaus liegt unser Schwerpunkt auf der Hilfe vor Ort und der Bekämpfung von Fluchtursachen, wie unfaire Freihandelsabkommen, Interventionskriege und Waffenexporte.

13. Wir werden uns der rechten AfD im Bundestag entgegenstellen. Wer Hass auf Minderheiten und Flüchtlinge schürt, wird von uns konsequent bekämpft.

14. Demokratie muss als fundamentale Grundlage unserer Gesellschaft geschützt werden. Deshalb dürfen Nationalismus und religiöser Fundamentalismus in Deutschland nicht weiter staatlich gefördert werden.

EU-Fördergelder für Eisenbahnbrücke Bienenwerder

Zu einem ganz besonderen Vor-Ort-Termin hatten im Oktober der Direktor des Amtes Barnim-Oderbruch, Karsten Birkholz, und der Landtagsabgeordnete der LINKEN Marco Büchel auf die ehemalige Eisenbahnbrücke Bienenwerder eingeladen. Das zwischen Neurüdnitz und den polnischen Siekierki gelegene Kleinod kann nun endlich mit EU-Fördermitteln touristisch ausgebaut werden. Seit 1990 machten sich Vertreter beider Seiten der Oder dafür immer wieder stark. Anne Quart, Staatssekretärin im Brandenburger Europaministerium bestätigte den deutschen und polnischen Gemeindevertretern sowie Mitarbeitern der Naturparkverwaltung Szczecin, dass der Begleitausschuss des Kooperationsprogramms INTERREG V A Mecklenburg-Vorpommern/ Brandenburg-Polen bereits Anfang Juli einen entsprechenden Beschluss gefasst hat. Für den Ausbau der rund 660 m langen denkmalgeschützten Brücke stehen 3 Millionen Euro zur Verfügung. Erste Arbeiten soll es noch in diesem Jahr geben. Die Eröffnung ist für 2020 geplant.



Ortstermin auf der Eisenbahnbrücke Bienenwerder

Marco Büchel hat das Projekt seit Jahren begleitet und dankte allen Beteiligten für ihre Ausdauer und ihre Ideen. Er sehe in der Brücke nicht nur ein Stück Heimat, sondern auch ein Symbol für die Verbindung zwischen Menschen und Regionen: „Die Wiedereröff-

nung der Brücke bedeutet ein Gewinn für die Anwohner und den Tourismus in der Region. Das kann für Europa, für die Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Polen nur gut sein“, betonte er.

Kein „Weiter so“ mit Auslandseinsätzen



„Es darf kein ‚Weiter-so‘ geben. Bundeswehreinätze müssen beendet, nicht unbesehen fortgeführt werden“, kommentierte Christine Buchholz, vertei-

digungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, am 18. Oktober

den Kabinettsbeschluss zur dreimonatigen Fortsetzung von sieben Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

„Die alte Bundesregierung aus Union und SPD führt auf den letzten Metern im Hauruckverfahren sieben Bundeswehreinätze fort, damit die Jamaika-Koalition ohne Unterbrechung die Militarisierung der deutschen Außenpolitik fortsetzen kann. Was die alten Regierungsparteien Kontinuität nennen, ist vielmehr blinde Routine. Offenbar war es dabei unerheblich, was in den Einsatzgebieten tatsächlich passiert. So ist es völlig inkonsistent, wenn Ministerin von der Leyen gestern die Aussetzung

der Ausbildung von Peschmerga im Irak damit begründet, man wolle ‚kein falsches Signal‘ aussenden, aber heute die Verlängerung des Mandats im Kabinett beschließt. DIE LINKE wird allen Anträgen zur Verlängerung der Bundeswehrmandate im Bundestag widersprechen. Keiner der Einsätze trägt zur Lösung der Probleme bei, aber viele eskalieren die Situation noch. Es kann nicht sein, dass die Bundeswehr nach mehr als fünfzehn Jahren Krieg immer noch in Afghanistan stationiert ist, ohne dass ein Ende in Sicht ist. Frieden kann nicht durch ausländische Militärinterventionen herbeigeschossen werden.“

Zur Absage der Verwaltungsstrukturreform

Vorsitzender, Christian Görke, und Fraktionsvorsitzender, Ralf Christoffers, DIE LINKE. Brandenburg

Demokratie muss ohne Brechstange auskommen und braucht Mehrheiten in Parlament und Gesellschaft. Für das Projekt Verwaltungsstrukturreform in der bislang vorgesehen Form haben wir keine breite Zustimmung im Land erzielen können. Trotz eines mehrjährigen Diskussionsprozesses ist es nicht gelungen, den Zusammenschluss von Landkreisen nachvollziehbar zu begründen. Deswegen haben beide Koalitionspartner die Entscheidung getroffen, die Gesetzentwürfe zur Verwaltungsstrukturreform zurückzuziehen.

Unstrittig ist sowohl im Ergebnis der Enquete-Kommission der vergangenen Legislaturperiode als auch des Diskussionsprozesses in der jetzigen, dass es einen Veränderungsbedarf gibt. Das wurde auch an der Vielzahl von Vorschlägen deutlich, die aus den Kreistagen gekommen sind. Jetzt geht es darum sicherzustellen, dass entsprechende Ele-

mente des Projekts umgesetzt werden können. Wir werden weiterhin dafür streiten, Brandenburg in allen Landesteilen langfristig auf demografische Veränderungen lebenswert zu machen – ob im Speckgürtel oder in den ländlichen Regionen und einen solidarischen Ausgleich im Land zu erreichen.

Deshalb schlagen wir u. a. vor:

- Einen Großteil für die Verwaltungsstruktur bestimmten Mittel sollen für Investitionen in die Infrastruktur des Landes eingesetzt werden, um u. a. die Digitalisierung, den sozialen Wohnungsbau, die Krankenhäuser und die Mobilität weiter voran zu bringen.
- Verwaltungskooperationen und freiwillige Fusionen werden wir auch weiterhin unterstützen. Wir bleiben bei Unterstützung freiwilliger Zusammenschlüsse von Kommunen (Mitverwaltungsmodell, Amtsgemeinde-Modell).

- Wir streben eine verbesserte Finanzierung der kommunalen Familie an und wollen deshalb die Verbundquote erhöhen, den Soziallastenausgleich werden wir ausbauen. Ein neues Finanzausgleichsgesetz soll das noch in dieser Legislatur sicherstellen.
- Wir stehen zu der Zusage, den kreisfreien Städte bei der Entschuldung zu helfen.

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P. : Bettina Fortunato, Tel. 03341-311796

Redaktion : Renate Adolph, reenate@adolph.de

Layout u. : Fortunato Werbung

Satz : www.fortunato-werbung.de

Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat

Bürgerbüros**Thomas Nord (MdB)**

Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Bettina Fortunato (MdB)

Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Marco Büchel (MdB)

**Bürgerbüro
Bad Freienwalde**
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon: (0 33 44) 33 45 41

Bürgerbüro Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Persönl. Sprechzeiten:
1. und 3. Mo. im Monat
Bitte VORHER telefonisch anmelden.
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen**Bad Freienwalde**

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
www.dielinke-frw.de

Öffnungszeiten:
Di. 9 – 11 Uhr

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr
E-Mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreff**LinksTreff Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr

Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:
1. Dezember 2017

Erscheinen

der nächsten Impulse:
15. Dezember 2017

Kindervater will Bürgermeister von Neuenhagen werden

Jung und dennoch kommunalpolitisch erfahren: Sven Kindervater, Kandidat der Neuenhagener LINKEN für die Bürgermeisterwahl im Februar 2018. Der 30-jährige Politologe, der als Coach Unternehmen und Selbstständige fit für die moderne Arbeitswelt macht, wurde im Oktober mit 96 Prozent der Stimmen von seinen Genossinnen Genossen und nominiert. Bürgerinnen und Bürger von Neuenhagen kennen Sven Kindervater als Vorsitzenden der Linksfraktion in der Gemeinde und als engagierten Kommunalpolitiker. Er arbeitete bereits in verschiedenen Ausschüssen mit und ist seit 2014 Vorsitzender des Umwelt-, Bau- und Ortsentwicklungsausschusses.



Sven Kindervater (m.) mit Christian Görke und Kerstin Kühn auf der Mitgliederversammlung.

Aus seiner Tätigkeit weiß er, wie wichtig der Dialog mit den anderen Fraktionen und mit den Bürgern ist. „Mehr Bürgerbeteiligung kann für Gemeindevertreter und Verwaltung schon recht anstrengend sein“, meint Sven Kindervater, „aber ohne einander zuzuhören, sich auszutauschen und Kompromisse zu finden, ist meines Erachtens keine gute Kommunalpolitik möglich.“ Auch ein gemeinsames Agieren mit den Nachbargemeinden hält der junge Bürgermeisterkandidat für wichtig. Seine Ziele will er durchaus in der Tradition des bisherigen Bürgermeisters Jürgen Henze (parteilos), der nicht mehr zur Wahl antritt, verwirklichen: „Jürgen Henze ist ein Macher, der es gewiss nicht jedem recht machen kann, sich aber an den Ergebnissen messen lassen will.“

Zur Wahl gratulierten Sven Kindervater auch der Finanzminister des Landes Brandenburg, Christian Görke, LINKEN-Ortsvorsitzender Dr. Arno Gassmann und Kerstin Kühn, LINKE-Kandidatin in der Bundestagswahl 2017. „Wir brauchen die kommunale Verankerung“, forderte Christian Görke, „denn wo wir als LINKE nicht präsent sind, sind auch die Wahlergebnisse nicht gut. Mit Sven Kindervater haben wir einen Kandidaten, der die Kommunalpolitik von der Pike auf gelernt hat.“ Kerstin Kühn, die im hiesigen Wahlkreis 59 auf Platz 2 der Direktkandidaten und damit nicht in den Bundestag kam, freute sich dennoch über das Vertrauen so vieler Bürgerinnen und Bürger aus dem „schönen Landkreis Märkisch-Oderland“. Sie empfindet es ebenfalls als wichtig, dass sich die LINKE vor Ort weiterhin bemerkbar macht – wofür in Neuenhagen Sven Kindervater nun als Bürgermeisterkandidat bestimmt noch stärker sorgen werde als bisher.

LINKE-Adventsfenster 2017

Die LINKEN beteiligen sich wieder am „Letschiner lebendigen Adventskalender“. Am **13. Dezember von 15 bis 17 Uhr** öffnen wir das Adventsfensterchen unter dem Motto „Gemeinsam naschen und basteln“ in der Flüchtlingsunterkunft Voßberg. Mit den Kindern, Eltern und vielen Gästen wollen wir selbstgebackene Plätzchen dekorieren und genießen, kleine Dinge basteln sowie bei Kaffee, Tee und Kuchen ins Gespräch kommen. Dazu laden wir herzlich ein.

Stephan Schoenemann

**Herzliche Glückwünsche für Prof. Dr. Günter Schippel!**

DIE LINKE. gratuliert Professor Dr. Günter Schippel aus Neuenhagen ganz herzlich zum 90. Geburtstag! Wir danken unserem Genossen Günter Schippel aus diesem Anlass einmal mehr für seine jahrelange politische Arbeit an der Spitze unseres Kreisverbandes und in der Kreistagsfraktion, die unsere Politik vorangebracht hat. Lieber Günter, auch mit 90 Jahren bist Du ein streitbarer Geist, dessen Rat wir weiter suchen und brauchen werden.

Nachdenken über 100 Jahre Revolution

mit Albrecht Maurer, „verein alternativen denken“ Strausberg und Vorstandsmitglied Helle Panke, derzeit Moskau,

Montag, **20. November 2017, 18 Uhr, Bürgerhaus Neuenhagen**, Tagungsraum 1, Hauptstraße 2, 15366 Neuenhagen, Eintritt frei.

DIE LINKE. Hoppegarten und Neuenhagen

Die Geschäftsstelle der LINKEN

in der Großen Str.45 in Strausberg

ist vom **21.12.2017 bis 01.01.2018** geschlossen.

**Besuch bei schwersterkrankten Kindern**

Die Mitglieder des Arbeitskreises „Arbeit, Soziales, Familie, Frauen und Gesundheit“ der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, unter Leitung der Landtagsabgeordneten, Bettina Fortunato, besuchten kürzlich die Kristallkinder Intensivpflege GmbH in Petershagen. Die Einrichtung ist deutschlandweit einmalig. Sie widmet sich der Pflege und Betreuung schwersterkranker und intensivpflegebedürftiger Kinder und Jugendlicher. Im Gespräch mit den beiden Leiterinnen, Stefanie Rogall und Ulrike Oberthür und einige Pflegerinnen zeigten sich die Abgeordneten beeindruckt von der hoch professionellen individuellen Betreuung und deren Ergebnissen. Das ganzheitliche Konzept – medizinisch versorgt, pädagogisch gefördert und menschlich umsorgt – werde von den Eltern mitgetragen und stöße inzwischen bundesweit auf Interesse. Aber die finanzielle Ausstattung der Einrichtung sei bisher nicht einfach, weil das Petershagener Angebot in keine der von den Krankenkassen vorgehaltenen Schubladen passe, erfuhren die Abgeordneten.